

## **M1 Solidarität statt Abschottung - In Thüringen auch international zusammenhalten**

Antragsteller\*in: Juntos Thüringen

Tagesordnungspunkt: 7. Antragsberatung und Beschlussfassung

### **Antragstext**

1 Als im Jahr 2022 als Folge des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine über  
2 eine Million Geflüchtete in die Europäische Union kamen und hier Schutz fanden,  
3 zeigte sich ein lange verschollenes Gesicht der europäischen Asylpolitik. Nicht  
4 Abschottung, Inhumanität und Uneinigkeit zwischen den Staaten prägten das Bild,  
5 sondern eine große internationale Solidarität.

6 Anderthalb Jahre nach Beginn des russischen Angriffskrieges und der  
7 Fluchtbewegung der Ukrainer:innen spielt das Thema Migration noch immer eine  
8 Rolle, aber der Ton hat sich verändert. Statt solidarischer und konstruktiver  
9 Debatten führen wir Diskussionen über mehr und schnellere Abschiebungen, die  
10 Ausweitung sicherer Herkunftsländer und die zunehmende Abschottung der  
11 Europäischen Union durch den Asyl- und Migrationspakt. Dieser Diskurswechsel ist  
12 besonders in Anbetracht der noch vor einem Jahr praktizierten solidarischen und  
13 humaneren Asylpolitik nur schwer zu ertragen. Deswegen ist es höchste Zeit, als  
14 Sozialdemokrat:innen Haltung für eine menschenwürdige Asylpolitik zu zeigen und  
15 sich gegen die teilweise menschenfeindliche, rassistische und von der Realität  
16 losgelöste Migrationsdebatte zu stellen:

17 ● Die SPD Thüringen lehnt die zugespitzte Rhetorik in der aktuellen  
18 Migrationsdebatte ab und verurteilt die Übernahme und Annäherung an  
19 rechtsextreme Narrative. Populismus und menschenfeindliche Aussagen können  
20 niemals unsere Antwort auf die Herausforderungen unserer Gesellschaft sein.

21 ● Die SPD Thüringen steht zum sozialdemokratischen Grundwert der internationalen  
22 Solidarität. Dieser steht im unvereinbaren Gegensatz zur Abschottungspolitik.  
23 Die Sozialdemokratie stand und steht für ein Europa der Menschen, nicht der  
24 Mauern und Stacheldrähte.

25 ● Als SPD Thüringen bekennen wir uns zu dem Ziel der europäischen Asyl- und  
26 Flüchtlingspolitik, ein solidarisches Verteilungssystem aufzubauen. Dazu gehört  
27 auch, dass eine verbindliche Vereinbarung zur Aufnahme von Geflüchteten zwischen  
28 allen EU-Mitgliedstaaten getroffen wird und die für die Kontrolle und

29 Registrierung von Asylsuchenden verantwortlichen Anrainerstaaten durch einen  
30 Solidaritätsmechanismus unterstützt werden.

31 In ihrem Koalitionsvertrag vereinbarten SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP einen  
32 Paradigmenwechsel, hin zu einer humaneren Migrationspolitik. Doch mit dem MPK-  
33 Beschluss vom 10. Mai 2023 zur "Gemeinsame[n] Flüchtlingspolitik von Bund und  
34 Ländern" sind die getroffenen Vereinbarungen hinfällig. Die darin vorgesehenen  
35 aufenthaltsrechtlichen Verschärfungen und Verlagerungen von Asylverfahren an die  
36 EU- Außengrenzen sowie weitere Abschottungsmaßnahmen haben nichts mit der  
37 versprochenen Migrationspolitik zu tun.

38 Die SPD Thüringen verurteilt diese Kursverschiebung ausdrücklich und kritisiert  
39 im Besonderen die folgenden Maßnahmen der Bundesregierung:

40 ● die Verschärfung von Dublin-Überstellungen, die Stärkung der europäischen  
41 Grenzschutzagentur FRONTEX sowie bei den laufenden Verhandlungen zur Reform des  
42 Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) für verpflichtende Grenzverfahren an  
43 den EU-Außengrenze für bestimmte Personengruppen und im deutschen Asylrecht für  
44 die Erweiterung des Sicherer-Herkunftsstaaten-Konzepts einsetzt sowie den Aufruf  
45 des Europäischen Rates an die Europäische Kommission vom 9. Februar 2023  
46 unterstützt, der sich dafür einsetzt, in der Europäischen Union umfangreiche  
47 Finanzmittel und Ressourcen zu mobilisieren, um damit an den EU-Außenstaaten  
48 Grenzschutzkapazitäten und Grenzschutzinfrastruktur auszubauen.

49 ● dass sich die Bundesregierung und die Regierungschef:innen der Länder darauf  
50 geeinigt haben, die gesetzlichen Regelungen der Abschiebehaft zu verschärfen,  
51 wodurch in Zukunft eine Abschiebehaft unabhängig von der Asylantragstellung  
52 möglich sein soll und dass allein der Verstoß gegen Einreise- und  
53 Aufenthaltsverbote als selbstständiger Haftgrund außerhalb der Fluchtgefahr  
54 eingeführt wird und darüber hinaus die Höchstdauer des Ausreisegewahrsams von  
55 derzeit zehn auf 28 Tage verlängert werden soll sowie das Betretungsrecht in  
56 Gemeinschaftsunterkünften zum Zweck der Auffindung der in Abschiebungshaft zu  
57 nehmenden Person auch auf die Zimmer der anderen Bewohner:innenausgedehnt werden  
58 soll.

59 Die SPD Thüringen fordert daher ihre Vertreter:innen in der Thüringer  
60 Landesregierung und im Thüringer Landtag auf, sich gegenüber der  
61 Bundesregierung, der SPD-Bundestagsfraktion und dem SPD Parteivorstand  
62 ausdrücklich gegen diese Pläne und Vorhaben auszusprechen.

63 Jedoch nehmen wir nicht nur die SPD auf Bundesebene in die Pflicht, sofortige  
64 Maßnahmen zur Verbesserung der Situation zu ergreifen, sondern auch die SPD in  
65 Thüringen. Deshalb fordern wir die schnellstmögliche Umsetzung folgender  
66 Maßnahmen:

- 67 ● Eine Abschaffung der Wohnverpflichtung für Asylsuchende in  
68 Aufnahmeeinrichtungen nach § 49 II AsylG. Dies stellt eine absolut notwendige  
69 Entlastung der Aufnahmeeinrichtungen dar. Wer die Möglichkeit hat, selbstständig  
70 bei Familien, Freund:innen oder auf eigene Kosten unterzukommen, sollte diese  
71 Möglichkeit auch wahrnehmen können. Geflüchtete können selbstbestimmt leben und  
72 es werden dringend benötigte Plätze in den Aufnahmeeinrichtungen frei.
- 73 ● Eine grundlegende Überarbeitung der Thüringer Verordnung über  
74 Mindestbedingungen für den Betrieb von Gemeinschaftsunterkünften und die soziale  
75 Betreuung und Beratung von Flüchtlingen und Asylsuchenden (ThürGUSVO). Die  
76 Mindeststandards müssen dringend angehoben werden. Außerdem sind die  
77 Möglichkeiten zur dezentralen Unterbringung massiv auszubauen.